

Klimanotstand: Chance für den Stadtrat

«Eine Mehrheit für den Klimanotstand *light*», Ausgabe vom 26. Juni

«Die Erklärung des Klimanotstands ist ein Beschluss von Parlamenten oder Verwaltungen, mit dem sie feststellen, dass es eine menschengemachte globale Erwärmung gibt und dass die bisher ergriffenen Massnahmen nicht ausreichen, diese zu begrenzen» (Wikipedia). Es geht also darum, auf verschiedenen Ebenen Ziele zu definieren, entsprechende Massnahmen vorzuschlagen und umzusetzen. Genau das wollte der Vorstoss von Barbara Spiess für die Gemeindeebene. Basis dafür: das von der Schweiz mitunterzeichnete Pari-

ser Klimaschutzabkommen mit dem Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2050 auf netto null zu reduzieren.

Gegner ohne Argumente

Den Gegnern des Vorstosses – Stadtrat, SVP, EDU und FDP – fehlten jegliche sachlichen Argumente. So bemühten sie halt pedantische Wortklaubereien: «Notstand» missbrauche einen Begriff aus der Verfassung, obwohl im Vorstoss klar deklariert war, dass der Begriff symbolisch zu verstehen sei und deshalb daraus keine eigentlichen Notstandsmassnahmen abzuleiten seien. Dürftig, egoistisch und abstrus war auch die Begründung der SVP für ihre

ablehnende Haltung. Insbesondere der Vorwurf an die Adresse der SP, es handle sich um einen «Copy-Paste-Vorstoss», welcher nichts bringe, kontraproduktiv sei und eine Geringschätzung des Parlaments darstelle. Und das ausgerechnet von Philipp Zopp, welcher im vergangenen November selber einen Vorstoss eingereicht hat, eins zu eins von Illnau-Effretikon übernommen!

Herausforderung annehmen

Eine knappe Mehrheit des Parlaments – SP, Grüne, AW, GLP und Mitte-Parteien – hat den Vorstoss in der unverbindlicheren Form eines Postulats trotzdem überwiesen. Damit erhält der

Stadtrat die Möglichkeit, den Empfehlungen der Energiekommission zu folgen und Massnahmen vorzuschlagen, welche dann hoffentlich auch von der FDP entsprechend ihrem eigenen Klimapapier unterstützt werden. Dass die SVP die Zeit nutzen wird, um sich zu informieren und für die Jugend Verantwortung zu tragen, muss bezweifelt werden. Nun, da der Vorstoss überwiesen worden ist, hoffen wir, dass der Stadtrat rasch konkrete Massnahmen vorschlägt, damit auch Wetzikon einen Beitrag zur dringend notwendigen Reduktion der CO₂-Emissionen leisten kann.

**Martin Altwegg,
Gemeinderat SP, Wetzikon**